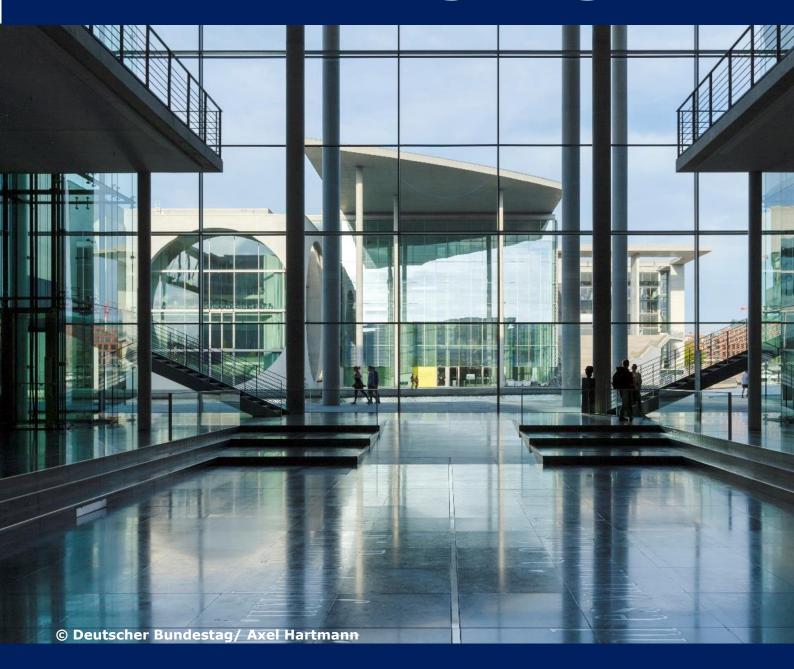
Kurztagung



Freitag, 16. Juni 2023 Deutscher Bundestag - Paul-Löbe-Haus

Politikberatung durch Wissenschaft





Inhaltsübersicht

Tagungsprogramm "Politikberatung durch Wissenschaft"	
Organisatorische Hinweise zur Kurztagung am 16. Juni 2023	5
Biographien der Referentinnen und Referenten	
Prof. Dr. Christine Langenfeld	7
Petra Pau, MdB	9
Prof. Dr. Gabriele Britz	10
Prof. Dr. habil. Sven T. Siefken	12
Dr. Silke Albin	13
Dr. Guntram Wolff	14
Prof. Dr. Armin Grunwald	15
Stephan Detjen	16
Prof. Dr. Sabine Döring	17
Prof. Dr. Dr. h.c. Dorothea Wagner	18
Knut Abraham, MdB	19
Dr. Holger Becker, MdB	21
Gliederungen/Thesenpapiere:	23
Prof. Dr. Gabriele Britz	23
Prof. Dr. habil. Sven T. Siefken	24
Dr. Silke Albin	25
Prof. Dr. Armin Grunwald	26
Dank	27
Veranstaltungshinweis	27



Tagungsprogramm "Politikberatung durch Wissenschaft"

10:00 Uhr	Eröffnung der Tagung durch die Vorsitzende des Präsidiums Richterin des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Christine Langenfeld
10:10 Uhr	Grußwort der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Petra Pau, MdB
10:30 Uhr	"Aufklärungspflichten des Gesetzgebers vor seinen parlamentarischen Entscheidungen?" Prof. Dr. Gabriele Britz, Professur für Öffentliches Recht und Europarecht, Justus-Liebig-Universität Gießen, Richterin des Bundesverfassungsgerichts a. D.
10:50 Uhr	Diskussion
11:10 Uhr	Kaffeepause
11:30 Uhr	"Expertise im politischen Prozess zwischen Wissenschaft, Lobbyismus und Betroffenheit" <i>Prof. Dr. habil. Sven T. Siefken,</i> Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl
11:50 Uhr	"Beratung durch die Parlamentsverwaltung" Ministerialdirektorin beim Deutschen Bundestag Dr. Silke Albin, Leiterin der Abteilung Außenbeziehungen, Europa und Analyse im Deutschen Bundestag
12:10 Uhr	Diskussion
12:45 Uhr	Mittagspause (Büfett)





Die Sicht der Praktiker

13:45 Uhr - *Dr. Guntram Wolff*, Direktor Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin

14:05 Uhr Diskussion

14:30 Uhr

- Prof. Dr. Armin Grunwald, Leiter des Büros für
Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag,
Professor für Technikphilosophie am Institut für Philosophie des
Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) – kurzfristig abgesagt

14:50 Uhr Diskussion

15:10 Uhr Kaffeepause

15:30 – **Podiumsdiskussion** 17:00 Uhr

Moderation: Stephan Detjen, Chefkorrespondent des Deutschlandradios im Hauptstadtstudio Berlin

Teilnehmerinnen/Teilnehmer:

- *Prof. Dr. Sabine Döring*, Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) *kurzfristig abgesagt*
- Prof. Dr. h. c. Dorothea Wagner, Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Institut für Theoretische Informatik, Algorithmik
- Dr. Holger Becker, MdB, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und im Ausschuss für Digitales, Mitglied im Senat der Helmholtz Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, Fraktion der SPD
- Knut Abraham, MdB, Jurist, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Ausschuss für Menschenrechte, Fraktion der CDU/CSU





Organisatorische Hinweise zur Kurztagung am 16. Juni 2023

Veranstaltungsort

Die Kurztagung findet im Deutschen Bundestag, Paul-Löbe-Haus, Europasaal (Raum-Nr. 4.900), Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin statt. Der dem Saal nächstgelegene Eingang Süd des Paul-Löbe-Hauses befindet sich gegenüber dem Nordeingang des Reichstagsgebäudes in der Paul-Löbe-Allee 2.

Personenkontrolle

Aufgrund der Sicherheitsbestimmungen des Deutschen Bundestages ist ein Zutritt zum Paul-Löbe-Haus nur nach einer vorherigen Anmeldung und Personenkontrolle möglich. Bitte geben Sie bei Ihrer Anmeldung Ihr Geburtsdatum und Ihren Geburtsort sowie Ihre Personalausweis- oder Reisepassnummer an. Ihre Daten werden vertraulich behandelt und an die Polizei des Deutschen Bundestages weitergegeben. Diese nimmt zur Zuverlässigkeitsüberprüfung insbesondere Einsicht in das Vorgangsbearbeitungssystem der Polizei beim Deutschen Bundestag und in das Informationssystem der Polizei (INPOL). Die dazu übermittelten personenbezogenen Daten werden nach Beendigung des Besuches gelöscht bzw. vernichtet.

Bitte finden Sie sich rechtzeitig am Südeingang des Paul-Löbe-Hauses (Paul-Löbe-Allee 2) ein, weil die Personenkontrolle angesichts der Zahl der Gäste einige Zeit in Anspruch nehmen kann.

Bitte führen Sie am 16. Juni 2023 ein gültiges Ausweisdokument mit sich.

Tagungsbeitrag

Für die Teilnahme an der Kurztagung wird ein Tagungsbeitrag in Höhe von 80,00 Euro bzw. 60,00 Euro für Referendare und Berufsanfänger (< 5 Jahre Berufstätigkeit) pro Person erhoben. Im Tagungsbeitrag sind die Kosten für die Kaffeepausen sowie das Mittagessen enthalten.

Mittagessen

Nach der Vormittagsveranstaltung besteht gegen 12:45 Uhr die Möglichkeit zu einem gemeinsamen Mittagessen im Foyer vor dem Sitzungssaal. Es wird folgendes Büfett angeboten:

Fingerfood-Büfett

Kalte Speisen

Wraps mit Zucchini, Pesto und Fetakäse Wraps mit Putenbrust und Curryschmand Wraps mit Räucherlachs und Honig-Dillsauce Kartoffelsalat mit Mini-Bouletten



CousCous-Salat mit Falafelbällchen

Canapés belegt mit

Tomate-Mozzarella und Basilikum Räucherlachs und Sahne-Meerrettich Serranoschinken und gegrillter Zucchini Französischem Brie, Weintrauben und Feigensenf

Warme Speisen

Yakitroispieße Blätterteig Fleurons Mini-Frühlingsrollen Chicken-Chilisauce Nürnberger Würstchen auf Weinkraut

Süßes

Panna Cotta mit Fruchtspiegel Mousse au chocolat mit extra Vanillesauce

Die Kosten für das Mittagessen sind im Tagungsbeitrag enthalten.

Erreichbarkeit der Geschäftsstelle während der Kurztagung

Für Fragen während der Tagung stehen Ihnen das Tagungsbüro (Deutscher Bundestag, Paul-Löbe-Haus, Europasaal, Foyer vor dem Raum 4.900) sowie Herr Markus Jerxsen (ehrenamtlicher Generalsekretär) unter der Telefonnummer +49 170 5665914 oder Frau Heike Schieferstein (Leiterin der Geschäftsstelle) unter der Telefonnummer +49 151 67553059 gerne zur Verfügung.



Biographien der Referentinnen und Referenten

Prof. Dr. Christine Langenfeld

Richterin des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts



Quelle: SVR

1980-1986	Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Trier, der Johannes
	Gutenberg-Universität Mainz und der Universität Dijon
1986	Erstes juristisches Staatsexamen
1986-1987	Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für öffentliches Recht
	und Europarecht der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Prof. Dr.
	Eckart Klein)
1987-1988	Promotionsstipendium im Rahmen der Landesgraduiertenförderung
	des Landes Rheinland-Pfalz
1989	Promotion an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz,
	Thema: "Die Gleichbehandlung von Mann und Frau im Europäischen
	Gemeinschaftsrecht"
1988-1991	Referendariat
1991	Zweites juristisches Staatsexamen
1991	Wissenschaftliche Assistentin am Lehrstuhl für Öffentliches Rechts,
	Europa- und Völkerrecht der Universität des Saarlandes (Prof. Dr. Dr.
	Georg Ress)
1991-1997	Wissenschaftliche Referentin am Max-Planck-Institut für ausländisches
	öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg
1997-2000	Habilitandenstipendium der Deutschen Forschungsgemeinschaft
2000	Habilitation an der Universität des Saarlandes, Thema: "Integration
	und kulturelle Identität zugewanderter Minderheiten - eine
	Untersuchung am Beispiel des allgemeinen Schulwesens in
	Deutschland", ausgezeichnet mit dem Augsburger Wissenschaftspreis
	für Interkulturelle Studien



Seit 2000	Lehrstuhl für öffentliches Recht, Direktorin der Abteilung für
	Staatsrecht am Institut für öffentliches Recht an der Georg-August-
	Universität Göttingen
2008-2010	Dekanin der juristischen Fakultät der Georg-August-Universität
	Göttingen
2011-2012	Assoziierter Fellow, Lichtenberg-Kolleg, Georg-August-Universität
	Göttingen
2012-2016	Vorsitzende des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für
	Integration und Migration
2014-2019	Mitglied des Scientific Advisory Board der Universität Wien
2015-2016	Mitglied des Universitätsrates der Universität Konstanz
Seit 2020	Mitglied des Stiftungsrates des Wissenschaftskolleg zu Berlin
Seit 2022	Mitglied des Senats der österreichischen Akademie der Wissenschaften
Seit 2022	Vorsitzende der Deutschen Sektion der Internationalen Juristen-
	Kommission e. V.
Seit Juli 2016	Richterin des Bundesverfassungsgerichts (2. Senat)

Quelle: E-Mail von Prof. Dr. Christine Langenfeld, 06. Juni 2023



Petra Pau, MdB

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages



© DBT Stella von Saldern

Petra Pau wurde 1963 in Berlin geboren und wurde dort 1990 in Hellersdorf ins
Bezirksparlament und 1995 ins Berliner Abgeordnetenhaus gewählt. Von 1998 bis 2021
war sie jeweils mit Direktmandat Mitglied des Deutschen Bundestags. Der wählte sie seit
2006 fünfmal zu seiner Vizepräsidentin. Petra Pau ist derzeit außerdem religionspolitische
Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. Ihre Pro-Themen sind Bürgerrechte und
Demokratie, ihre Kontra-Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Quelle: E-Mail Büro Petra Pau, 26.April 2023



Prof. Dr. Gabriele Britz

Professorin für Öffentliches Recht und Europarecht Justus-Liebig-Universität Gießen Bundesverfassungsrichterin a. D.



© Bundesverfassungsgericht, Iorenz.fotodesign, Karlsruhe

1987-1992	Studium der Rechtswissenschaft an der Johann Wolfgang Goethe- Universität Frankfurt am Main
1992	Erstes juristisches Staatsexamen
1992-1994	Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Öffentliches Recht, Umweltrecht und Verwaltungswissenschaft, Johann Wolfgang Goethe- Universität Frankfurt am Main
1993	Promotion an der Johann Wolfgang Goethe-Universität ("Die Bedeutung des Europäischen Gemeinschaftsrechts für die örtliche Energieversorgung unter besonderer Berücksichtigung kommunaler Gestaltungsmöglichkeiten") Auszeichnung mit dem Baker & McKenzie-Preis 1994 für Dissertationen und Habilitationsschriften aus dem Bereich des Wirtschaftsrechts (Universitätspreis)
1994	Visiting scholar an der John F. Kennedy School of Government, Harvard University
1995-1997	Juristischer Vorbereitungsdienst in Hessen
1997	Zweites juristisches Staatsexamen
1997-2000	Wissenschaftliche Assistentin an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main; Habilitationsstipendium des Landes Hessen
1999	Visiting scholar an der Yale Law School
2000	Habilitation an der Johann Wolfgang Goethe-Universität ("Kulturelle Rechte und Verfassung")
2000-2001	Lehrstuhlvertretungen an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Universität Bielefeld



2001	Auszeichnung mit dem Heinz Maier-Leibnitz-Preis 2001 (Deutsche Forschungsgemeinschaft)
2001	Rufe an die Universität Bremen, an die Johannes Gutenberg-Universität Mainz und an die Justus-Liebig-Universität Gießen
seit 2001	Professorin für Öffentliches Recht und Europarecht an der Justus-Liebig- Universität Gießen
2001-2002	Mitglied im Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (CERD) der Vereinten Nationen
2004-2006	Studiendekanin des Fachbereichs Rechtswissenschaft der Justus-Liebig- Universität Gießen
2008-2011	Mitglied des Fachkollegiums Rechtswissenschaften der Deutschen Forschungsgemeinschaft
2009-2010	Dekanin des Fachbereichs Rechtswissenschaft der Justus-Liebig- Universität Gießen
2011-2023	Richterin des Bundesverfassungsgerichts (Erster Senat; Berichterstatterin insbesondere für Verfahren aus dem Familienrecht, dem Umweltrecht und dem Datenschutzrecht)

Quelle: E-Mail von Frau Prof. Dr. Gabriele Britz, 26. April 2023



Prof. Dr. habil. Sven T. Siefken

Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl



© Picasa

Sven T. Siefken ist Professor für Politikwissenschaft an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl und Senior Research Fellow am Institut für Parlamentarismusforschung (IParl), Berlin. Er ist Gastprofessor am Colorado College, USA, und Associated Lecturer an der Georgetown University, Washington D.C.. Siefken ist Vice Chair des Research Committee of Legislative Specialists der International Political Science Association und Redakteur der Zeitschrift für Parlamentsfragen. Schwerpunkte seiner gegenwärtigen Forschung sind die Koalitionspolitik, die Rolle von Parlamentsausschüssen, Parlamente in der Pandemie und die Zukunft demokratischer Repräsentation.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

- Sven T. Siefken/ Hilmar Rommetvedt (Hg.) (2022): Parliamentary Committees in the Policy Process. London: Routledge.
- Sven T. Siefken (2022): The Bundestag in the Pandemic Year 2020 to 2021 Continuity and Challenges in the Covid-19 Crisis. In: German Politics, Online First, doi.org/10.1080/09644008.2021.2024806.
- Cristina Leston-Bandeira/ Sven T. Siefken (2023): The Development of Public Engagement as a Core Institutional Role for Parliaments. In: The Journal of Legislative Studies, i.E.
- Sven T. Siefken (2018): Parlamentarische Kontrolle im Wandel. Theorie und Praxis des Deutschen Bundestages. Baden-Baden: Nomos.
- Sven T. Siefken/ Suzanne S. Schüttemeyer (2013): The German Bundestag and External Expertise: Policy-Orientation as Counterweight to Deparliamentarisation?
 In: Klaus Schubert/ Sonja Blum (Hg.): Policy Analysis in Germany: Bristol: The Policy Press, S. 161–180.
- Sven T. Siefken (2007): Expertenkommissionen im politischen Prozess. Eine Bilanz zur rot-grünen Bundesregierung 1998-2005. Wiesbaden: VS Verlag.

Quelle: E-Mail Prof. Dr. Sven T. Siefken, 19. Mai 2023



Dr. Silke Albin

Ministerialdirektorin Leiterin der Abteilung Außenbeziehungen, Europa und Analyse im Deutschen Bundestag



© Staatskanzlei Thüringen

Dr. Silke Albin ist Leiterin der Abteilung Außenbeziehungen, Europa und Analyse des Deutschen Bundestages und Vertreterin des Direktors in internationalen Angelegenheiten.

Von 2014 bis 2017 war sie Staatssekretärin im Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz des Landes Thüringen und anschließend Vizepräsidentin des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung. Vor diesen Tätigkeiten arbeitete sie seit 2002 zunächst im Bundesministerium der Finanzen und dann im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Silke Albin hat Rechtswissenschaften in Regensburg, Genf, München und Berlin studiert und zu einem europarechtlichen Thema promoviert.

Quelle: E-Mail Vorzimmer Dr. Silke Albin, 15. Mai 2023



Dr. Guntram Wolff

Direktor und CEO Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGABP), Berlin



© htps://www.guntramwolff.net/

Guntram Wolff ist seit August 2022 CEO der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und Otto-Wolff-Direktor ihres Forschungsinstituts. Von 2013 bis 2022 war er Direktor von Bruegel, einem in Brüssel ansässigen Institut für Wirtschaftspolitik in Europa, das er zu einem führenden globalen Think Tank entwickelte. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen europäische politische Ökonomie, wirtschaftliche Staatskunst, Geo-Ökonomie, Klimapolitik und Deutschlands geopolitische Strategie.

Seine Arbeiten wurden in Fachzeitschriften wie Nature, Science, Nature Communications, Journal of European Public Policy, Journal of Money, Credit, and Banking, European Journal of Political Economy, Climate Policy, Energy Policy und Foreign Affairs veröffentlicht. Er war Teilzeitprofessor an der Solvay School of Economics and Management der Université Libre de Bruxelles.

Er ist ein erfahrener öffentlicher Redner und hat an zahlreichen Podiumsdiskussionen mit führenden Wissenschaftlern, politischen Entscheidungsträgern und Führungskräften teilgenommen und diese geleitet. Er wird häufig von verschiedenen globalen Medien zitiert und verfasst Meinungsbeiträge, darunter die New York Times, Financial Times, Bloomberg, The Guardian, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Le Monde, El Pais und verschiedene andere Medien. Im Jahr 2020 wurde er von Business Insider zu einem der 28 einflussreichsten Power Player in Europa gezählt.

Seit 2013 spricht Wolff zweimal jährlich vor dem informellen Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN), dem Treffen der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten der EU, zu einer Vielzahl von Themen. Von 2012 bis 2016 war er Mitglied des Conseil d'Analyse Economique des französischen Premierministers. Im Jahr 2021 wurde Wolff in das High Level Independent Panel (HLIP) der G20 zur Finanzierung der globalen Gemeinschaft für Pandemievorbereitung und -reaktion berufen. Im Jahr 2018 berief ihn die damalige geschäftsführende Direktorin des IWF, Christine Lagarde, in die External Advisory Group on Surveillance, eine Gruppe, die die operativen Prioritäten des Internationalen Währungsfonds bis 2025 überprüfen soll. Er ist ein unabhängiges Mitglied des bulgarischen Rates der Wirtschaftsberater und ein Council Member des European Council on Foreign Relations (ECFR).

Von 2008 bis 2011 arbeitete Wolff bei der Europäischen Kommission an der Makroökonomie des Euroraums und der Reform der Governance des Euroraums. Er begann seine berufliche Laufbahn in der Forschungsabteilung der Deutschen Bundesbank, wo er nach Abschluss seiner Promotion in Volkswirtschaftslehre an der Universität Bonn tätig war.

Quelle: https://dgap.org/de/user/15605/dr-guntram-wolff



Prof. Dr. Armin Grunwald

Leiter des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag, Professor für Technikphilosophie am Institut für Philosophie des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT)



© KII

Grunwald, Armin, Prof. Dr. rer. nat., Studium von Physik, Mathematik und Philosophie.

Promotion zum Dr. rer. nat an der Universität zu Köln 1987. Habilitation mit Venia
legendi in der Philosophie 1998 an der Universität Marburg.

Berufstätigkeiten in der Industrie (Software Engineering, 1987-1991), im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (1991-1995) und als stellvertretender Direktor der Europäischen Akademie zur Erforschung von Folgen wissenschaftlich-technischer Entwicklungen (1996-1999). Seit 1999 Leiter des Instituts für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Seit 2002 auch Leiter des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB). Seit 2007 auch Professor für Technikethik und Technikphilosophie am KIT.

Mitglied der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (acatech) seit 2009,
Mitglied im Präsidium von acatech seit 2014. Mitglied der Endlagerkommission des
Deutschen Bundestages 2014-2016. Mitglied in der Ethik-Kommission für autonomes und
vernetztes Fahren des Bundesverkehrsministeriums 2016/2017. Ko-Vorsitzender des
BMBF Zukunftskreises seit 2019. Ko-Vorsitzender des Nationalen Begleitgremiums
Endlagersuche seit 2020. Mitglied des Deutschen Ethikrates seit 2021.

Arbeitsgebiete: Theorie und Methodik der Technikfolgenabschätzung, Technikphilosophie, Technikethik, nachhaltige Entwicklung.

Quelle: E-Mail Prof. Dr. Armin Grunwald, 06. Juni 2023



Stephan Detjen

Chefkorrespondent Deutschlandradio, Leiter Hauptstadtstudio und Studio Brüssel



© Anja Schäfer

Geboren 1965, aufgewachsen in Köln. Studium der Geschichte (M.A.) und Rechtswissenschaft (2. Staatsexamen) in München, Aix-en-Provence und Speyer. Detjen war Rechtsanwalt und Journalist beim Bayerischen Rundfunk in München, juristischer Korrespondent im ARD Studio Karlsruhe und Parlamentskorrespondent für Deutschlandradio in Berlin. Er leitete die Abteilung aktuelle Kultur von Deutschlandradio Berlin und war Chefredakteur des Deutschlandfunks. Seit März 2012 ist er Chefkorrespondent und Leiter des Hauptstadtstudios in Berlin sowie des Studios Brüssel der drei Deutschlandradio Programme.

Stephan Detjen hat mehrere Bücher und zahlreiche Aufsätze zur rechts- und verfassungsrechtlichen Themen veröffentlicht, zuletzt gemeinsam mit Maximilian Steinbeis "Die Zauberlehrlinge - Der Streit um die Flüchtlingspolitik und der Mythos vom Rechtsbruch" (Klett-Cotta, 2019).

Er erhielt den Journalistenpreis des Deutschen Anwaltsvereins, zusammen mit der Redaktion Radiofeuilleton den Medienpreis Politik und Kultur und wurde mehrfach bei der Wahl der Journalisten des Jahres des Medium Magazins ausgezeichnet.

Detjen ist Mitglied im Vorstand der Bundespressekonferenz und in der Jury des Geschwister Scholl Preises der Stadt München. Er war Mitglied im Stiftungsrat für den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, im Kuratorium des Deutschen Studienpreises und in der Jury des Medienpreises des Deutschen Bundestags. Seit 2003 ist er Alumnus des German Israeli Young Leaders Exchange der Bertelsmann Stiftung.

Quelle: E-Mail Stephan Detjen, 09. Mai 2023



Prof. Dr. Sabine Döring



© BMBF

Seit Februar 2023 ist Prof. Dr. Sabine Döring Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

Zuvor hatte sie seit 2008 den Lehrstuhl für Philosophie mit dem Schwerpunkt Praktische Philosophie (Ethik) an der Eberhard Karls Universität Tübingen inne. Döring wurde 1997 von der Georg-August-Universität Göttingen mit einer Arbeit über die Philosophie Robert Musils promoviert und war Stipendiatin der Studienstiftung des Deutschen Volkes. Es folgten Forschungs- und Lehraufenthalte u.a. an der University of California, Berkeley, am King's College in London und der Universität Hamburg. 2005 habilitierte sich Döring an der Universität Duisburg-Essen mit der Arbeit "Gründe und Gefühle. Zur Lösung des Problems der Moral".

Im Sommer 2022 erhielt sie für ihre aktuelle Forschung zum politischen Liberalismus und das Buchprojekt "Solidarisch handeln in Freiheit. Eine liberale Theorie des Gemeinwohls" das Opus magnum-Stipendium der VW-Stiftung.

Quelle: E-Mail Vorzimmer Prof. Dr. Sabine Döring, 01. Juni 2023



Prof. Dr. h.c. Dorothea Wagner

Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Institut für Theoretische Informatik, Algorithmik



© Anna Logue

Seit 2003 ist Dorothea Wagner Informatikprofessorin am Institut für Theoretische Informatik des Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Von 1976 bis 1986 studierte und promovierte sie an der RWTH Aachen. Nach der Habilitation 1992 an der TU Berlin hatte sie von 1994 bis 2003 einen Lehrstuhl für Informatik an der Universität Konstanz inne. Ihre Forschung befasst sich mit Algorithmen für komplexe Netzwerke, wobei ihr Interesse der Entwicklung von theoretisch fundierten und gleichzeitig praktikablen Algorithmen für wichtige Anwendungsbereiche gilt.

Dorothea Wagner ist Mitglied der Academia Europaea, der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften - acatech und der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Sie erhielt für ihre Forschung etliche Ehrungen. 2019 wurde sie für ihre Verdienste um die Informatik mit der Konrad-Zuse-Medaille ausgezeichnet und 2022 verlieh ihr die TU Dortmund die Ehrendoktorwürde.

Dorothea Wagner war bzw. ist Mitglied in etlichen Gremien der Wissenschaft. Sie war von 2007 bis 2014 Vizepräsidentin der DFG und von 2015 bis 2023 Mitglied im Wissenschaftsrat, dessen Vorsitzende sie von 2020 bis 2023 war.

Quelle: E-Mail Prof. Dr. Dr. Dorothea Wagner, 28. April 2023



Knut Abraham, MdB



Knut Abraham

Mitglied des Deutschen Bundestages CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag

Seit 09/2021 Mitglied des Deutschen Bundestag für die

CDU/CSU

Mitglied im Auswärtigen Ausschuss sowie im

Ausschuss für Menschenrechte und

humanitäre Hilfe

Stellvertretendes Mitglied im

Europaausschuss

Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates



07/2018 – 09/2021 Deutsche Botschaft Warschau, Gesandter

07/2015 – 07/2018

Bundeskanzleramt, Abteilung Außen- und Sicherheitspolitik, Leiter der Abteilung für

bilaterale Beziehungen Mittel-, Ost- und Südeuropas sowie Zentralasiens und

Südkaukasus

07/2011 – 07/2015 Deutsche Botschaft Washington D.C., Generalkonsul und Leiter der Abteilungen

Recht und Konsulat

07/2006 – 07/2011 Bundeskanzleramt, Ressort Außen- und Sicherheitspolitik, Stellvertretender

Referatsleiter Vereinte Nationen, Globale Fragen, Menschenrechte, Auswärtige Kultur-

und Bildungspolitik, Auswärtige Politik zur Terrorismusbekämpfung

05/2006 – 07/2006

Auswärtiges Amt, Berlin, Politische Abteilung, Büro Europakorrespondent,

Vorbereitung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007

01/2005 – 05/2006 Auswärtiges Amt, Berlin, Geschäftsführung, Referate Parlament und Kabinett.

Verbindungsreferent zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Teilnahme an den Sitzungen

der Fraktion sowie des Arbeitskreises "Außenpolitik", Koordination von

Ministerreisen, Bund-Länder-Aufgaben, Teilnahme am Ausschuss für Menschenrechte

und Humanitäre Hilfe des Bundestages

06/2003 – 01/2005 Auswärtiges Amt, Berlin, Referat Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Referent für die

Militäroperationen der NATO

05/2000 – 06/2003 Deutsche Botschaft in Sofia, Bulgarien. Erster Sekretär (Presse,

Wirtschaftsbeziehungen, Innenpolitik, Kultur)

05/1998 – 05/2000 Diplomatische Akademie des Auswärtigen Amtes.



07/1999 – 08/1999	Delegation zur Deutschen Botschaft Helsinki
03/1999 – 06/1999	Stellvertretender Referent Estland, Lettland, Litauen
02/1996 – 02/1998	Referendariat Kammergericht Berlin
09/1996 – 01/1997	Führungsstation Deutsche Botschaft Tallinn (Reval), sowie Dozent Universität Tartu (Dorpat), Deutsches Zivilrecht
09/1994 – 02/1996	Parlamentarischer Assistent von Dr. Otto von Habsburg, MdEP, Brüssel
10/1987 – 02/1996	Leiter des Büros von Dr. Otto von Habsburg, MdEP, Deutscher Bundestag, Bonn
10/1987 – 11/1993	Studium der Rechtswissenschaften, Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
10/1985 – 10/1987	Berufssoldat auf Zeit, NATO Hauptquartier Europa, AFCENT in Brunssum/Niederlande, Ehrenzeichen der Bundeswehr
1976 – 1985	Gymnasium "Hansa", Hamburg-Bergedorf

Quelle: E-Mail Sebastian Loos, Büroleiter Knut Abraham, 24. Mai 2023



Dr. Holger Becker, MdB

Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und im Ausschuss für Digitales, Mitglied im Senat der Helmholtz Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, SPD



Ausbildung:

- 10/1985-4/1990 Studium der Physik an der Universität Heidelberg.
- 7/1988-9/1988 Sommerstudent beim CERN (ALEPH Collaboration), Genf.
- 2/1989-2/1990 Graduiertenstudium Physik ("Postgraduate Diploma Science") an der Universität von Westaustralien, Perth. Abschlussarbeit: "Surface Analysis with AES and LEED".
- 4/1990-7/1991 Diplomarbeit am Max-Planck-Institut für Kernphysik in Heidelberg Arbeitsgruppe "Nukleare Festkörperphysik".
- 01/1992-5/1995 Doktorarbeit am Institut f
 ür Angewandte Physik (Prof. S. Hunklinger), Universität Heidelberg University "Reflektierte Oberflächenwellen: eine neue Methode in der Sensorik"

Berufliche Aktivitäten:

- 11/1983-02/1985 Zivildienst Altenwohn- und Pflegeheim der Arbeiterwohlfahrt, Saarbrücken
- 1/1992 8/1995 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Angewandte Physik, Universität Heidelberg. Arbeitsgebiete: Laserlithographie, Chemo- und Biosensorik mit akustischen Oberflächenwellen, Fertigungsprozesse im Reinraum.
- 11/1995 12/1997 Research Associate, Department of Chemistry, Imperial College London (Prof. A. Manz). Arbeitsgebiete: Mikrostrukturtechnik, Lab-on-a-Chip Technologien.
- 1/1998-8/2001 Tätigkeiten bei der Jenoptik AG
- 1/1998 3/1999 Jenoptik Mikrotechnik GmbH, Leiter "New Technologies and Technology Marketing".
- 4/1999 10/2000 Geschäftsführer Jenoptik Mikrotechnik GmbH, Jena.
- 10/2000 8/2001 Ausgründung der Mildendo Gesellschaft für mikrofluidische Systeme mbH aus der Jenoptik Mikrotechnik GmbH und Übernahme der Geschäftsführung.
- 8/2001-11/2004 Geschäftsführer Intelligent Implants GmbH/IIP-Technologies GmbH, Bonn. Die Firma war ein Pionier in der Entwicklung und klinischen Applikation eines Retina Implantat Systems.
- 01/2005-12/2006 General Manager Asclepion Laser Technologies GmbH, Jena, ein führendes Unternehmen im Bereich medizinischer Laser.
- Seit 2004/2007 Mitgründer (2002) und Chief Scientific Officer (wissenschaftlicher Leiter) microfluidic ChipShop GmbH, Jena



Weitere Berufserfahrung:

- 1990 2001 Freier Mitarbeiter beim Lehrbuchverlag Springer. Copy-Editing für "Zeitschrift für Physik" und wissenschaftliche Lehrbücher. Evaluierung wissenschaftlicher Software, Übersetzung eines Optik-Lehrbuchs.
- 9/1999 8/2001 Mitglied Aufsichtsrat BioCentiv GmbH, Jena.
- Seit 09/2019 Mitglied Aufsichtsrat Wirtschaftsförderungsgesellschaft Jena mbH

Aktivitäten in akademischen Gremien/Gesellschaften:

- 7/1986 2/1989 Mitglied des Aufsichtsrats Studentenwerk Universität Heidelberg.
- 9/1987 2/1989 Mitglied des Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) Heidelberg University, ab 9/88 AStA-Vorsitzender.
- 6/1991 6/1997
- 9/2000 -04/2015 Mitglied des Vorstandsrats der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (DPG); Mitarbeit in zahlreichen Ausschüssen und Gremien.
- 10/1993 8/1995 Mitglied des Senats der Universität Heidelberg als Vertreter des wissenschaftlichen Mittelbaus.
- Seit 11/1999 Mitglied "Ausschuss Industrie und Wirtschaft (AIW)" der DPG, 4/04-04/09 AIW Vorsitz.

Gutachterliche Tätigkeiten:

- Seit 1998 Mitglied Programmkommittee SPIE Symposium "Microfluidics, BioMEMS and Medical Microsystems", 00 03 und seit 10 Symposium Chair.
- 2001 Mitglied Programmkommittee SPIE Symposium "Microfabrication", Edinburgh, 2001.
- Seit 1999 EU-expert reviewer, 5-7. EU Framework, Horizon2020.
- 1999-2006 Mitglied European Board "Institute of Nanotechnology (UK)".
- 1999-2001 Mitglied Industriebeirat Mikroreaktionstechnik DECHEMA.
- 1999-2001 Mitglied Strategiegruppe "Mikrosystemtechnik" ZVEI.
- Seit 00 Juror Thüringer Businessplanwettbewerb.
- 2001-2003 Gutachter im Programm "Mikrosystemtechnik" der "Stiftung Industrieforschung".
- 2001-2002 Mitglied Expertenrat Programm, MST 2000+" des BMBF
- 2007-2011 Mitglied mehrere Gutachterkommittees des Senats der Helmholtz-Gesellschaft.
- 2010-2020 Mitglied Beirat MANCEF
- 2011-2018 Mitglied Expertengremium "Zivile Sicherheitsforschung" BMWi.
- 2011, 2017, 2019, 2021 Mitglied Programmkommittee "Transducers".
- 2011-2014 Externes Beiratsmitglied des Programms "BioInterfaces" am Karlsruhe Institute of Technology (KIT).
- 2011-2014 Beiratsmitglied des Fraunhofer Projektverbundes "Zellfreie Bioproduktion".
- 2013 Co-Chair MicroTAS.
- Seit 2016 Mitglied "Exhibit & Sponsorship Committee" MicroTAS
- 2012-2015 Mitglied Editorial Board "Lab on a Chip", Royal Society of Chemistry, London.
- 2016-2019 Mitglied Kuratorium Physik-Journal, Wiley-VCH
- Seit 2015 Berufenes Mitglied im Arbeitskreis ""Gesundes Leben und Gesundheitswirtschaft" der "Regionale Innovationsstrategie" RIS 3 des TMWWDG.
- Seit 2016 Mitglied Beirat "Lab on a Chip", Royal Society of Chemistry.
- Seit 2016 Mitglied Editorial Board "Microelectronic Engineering", Elsevier.

Quelle: E-Mail Soeren van Heck, Büro Dr. Holger Becker, 1. Juni 2023



Gliederungen/Thesenpapiere:

Prof. Dr. Gabriele Britz

Aufklärungspflichten im Gesetzgebungsverfahren?

- I. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts
- Grundsätzlich keine eigenständige Ermittlungspflicht im Gesetzgebungsverfahren, aber materiellrechtliches Erfordernis einer im Ergebnis hinreichenden Wissensgrundlage
- 2. Fälle echter Prozeduralisierung des Sachaufklärungserfordernisses
- II. Zusammenhang von Einschätzungsprärogativen und eigenständigen Ermittlungspflichten des Gesetzgebers?
- 1. Ausgleich beschränkter verfassungsgerichtlicher Überprüfung durch besondere Anforderungen an Gesetzgebungsverfahren
- 2. Rechtfertigung gesetzgeberischer Einschätzungsprärogativen durch besondere demokratische Legitimation des Gesetzes
- 3. Zusammenhang zwischen Legitimationsentfaltung und Sachaufklärung im Gesetzgebungsverfahren?
- III. Entfaltung demokratischer Legitimation des Gesetzgebungsverfahrens grundsätzlich ohne verselbständigte Ermittlungspflicht
- 1. Grenzen eigenständiger Ermittlungspflicht im Gesetzgebungsverfahren angesichts des politiktypischen Entscheidungsmodus der Aushandlung und des Kompromisses
- 2. Gewährleistung des für die Legitimationssicherung erforderlichen Aufklärungsmaßes durch das Gesetzgebungsverfahren an sich
- 3. Parlamentarische Ermittlungspflichten bei strukturell fehlendem Eigeninteresse an näherer Aufklärung

Quelle: E-Mail Prof. Dr. Gabriele Britz, 07. Juni 2023



Prof. Dr. habil. Sven T. Siefken

"Expertise im politischen Prozess zwischen Wissenschaft, Lobbyismus und Betroffenheit" Vortrag bei der Tagung der Internationalen Juristenkommission "Politikberatung durch Wissenschaft" am 16. Juni 2023 in Berlin

- A: Was ist Politik?
 - o (1) das Treffen allgemein verbindlicher Entscheidungen,
 - o (2) die mit Legitimität ausgestattet sind und
 - o (3) bestmögliche Lösungen unter der Bedingung von Unsicherheit bieten.
- B: Was ist Politikberatung?
 - o (1) Einbindung und Einbringung von Wissen in den politischen Prozess
 - o (2) Dynamik von Technokratie, Dezisionismus, Pragmatismus (Habermas)
- C: Was ist relevantes Wissen?
 - o (1) Wissenschaftliches Wissen
 - o (2) Praxiswissen von Interessengruppen, Unternehmen
 - o (3) Medienwissen
 - o (4) Betroffenenwissen
 - o (5) Laienwissen
- D: Wo wird Wissen im politischen Prozess aufgenommen?
 - o (1) Vorparlamentarische Phase: Direktkontakte, Gutachten, Veranstaltungen, Lobbyismus, Expertengremien, Bürgerräte, ...
 - (2) den parlamentarischen Prozess begleitende Diskussionen in Öffentlichkeit / Medien
 - o (3) Öffentliche Anhörungen der Ausschüsse
 - o (4) Umsetzung politischer Entscheidungen
- E: Folgerungen und Diskussionsfragen zu Expertise und Politik
 - o Wie wird Wissen im politischen Prozess verwendet?
 - o Welchen Beitrag liefert Wissen zur Legitimität?
 - Wie verändert sich die Öffentlichkeit und was folgt daraus?
 - Wie kann man die Einbindung von Wissen verbessern und wie nicht?
 - o Wie hängen Wissen und repräsentative Demokratie miteinander zusammen?

Quelle: E-Mail Prof. Dr. habil. Sven T. Siefken, 02. Juni 2023



Dr. Silke Albin

Leiterin der Abteilung Außenbeziehungen, Europa und Analyse im Deutschen Bundestag

Werkzeug für das freie Mandat

Politikberatung durch die Wissenschaftlichen Dienste

- 1. Die Wissenschaftlichen Dienste betreiben **keine Wissenschaft**. Sie unternehmen keine eigenständige Forschung, sondern bereiten auf Anfrage von Abgeordneten bestehende Informationen auf. Sie nehmen wissenschaftliche Debatten auf und übersetzen natur- oder sozialwissenschaftliche Erkenntnisse für die politische Anwendung. Wissenschaftlich sind bei den Wissenschaftlichen Diensten die Methoden der Quellennutzung, -auswertung und -darstellung.
- Die Wissenschaftlichen Dienste dienen der Politikberatung der Abgeordneten, indem sie Wissen vermitteln. Im Unterschied dazu entwickeln im Bundestag allein die Abgeordneten und Fraktionen mit ihren Mitarbeitern Handlungsempfehlungen, Gesetzesentwürfe oder Strategien.
- 3. Die **juristischen Arbeiten** der Wissenschaftlichen Dienste nehmen eine gewisse Sonderrolle ein, da sie stärker bewertend ausgerichtet sind als z. B. naturwissenschaftliche Arbeiten. Auch lässt sich bei einer juristischen Frage ein eigenes Ergebnis einfacher selbst herleiten als in Disziplinen, die auf empirische Daten, Laborversuche oder komplexe Modellierungen angewiesen sind. Gleichwohl geben auch juristische Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste nur eine Einschätzung, ob eine Rechtsfrage auf Basis der Rechtsprechung, des Schrifttums und der anerkannten Methodik offen ist oder mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit von einem Gericht künftig in eine bestimmte Richtung entschieden würde.
- 4. Eine Zäsur bildet das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Juni 2015, wonach der parlamentarische Zweck die Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste nicht vor einer Herausgabe nach dem Informationsfreiheitsgesetz schützt. Seither werden die Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste im Internet veröffentlicht. Dies hat Auswirkungen auf das Frageverhalten der Abgeordneten und die Inhalte der Arbeiten. Die Veröffentlichung hat zugleich den Nutzen der Arbeiten für die Öffentlichkeit erhöht.

Quelle: E-Mail Dr. Silke Albin, 09. Juni 2023



Prof. Dr. Armin Grunwald

Wissenschaftliche Beratung für den Deutschen Bundestag

Thesenpapier

Das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) wurde als wissenschaftliche Parlamentsberatung mit Beschluss des Bundestages 1990 gegründet. Alle fünf Jahre wird vom Bundestag über den Weiter- oder Neubetrieb durch eine externe Forschungsinstitution entschieden. Seit 1990 wird das TAB vom Karlsruher Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) betrieben, immer wieder mit anderen Partnern und anderen Schwerpunkten. In dieser Zeit wurden über 200 Studien zu den unterschiedlichsten Themen für den Bundestag erstellt. Über die Themen entscheidet der Bundestag als Auftraggeber und Geldgeber nach Beratungen mit dem TAB über den wissenschaftlichen Neuigkeitswert, die gesellschaftliche Relevanz und den möglichen politischen Nutzen einer TA-Studie. Für das TAB betreffende Beschlüsse gilt im Forschungsausschuss bzw. im speziell für TA mandatierten Berichterstatterkreis das Konsensprinzip, was in den Arbeitsabläufen des Bundestages sehr ungewöhnlich ist. Die Bearbeitung der ausgewählten Themen erfolgt durch das TAB in strikter wissenschaftlicher Unabhängigkeit und politischer Neutralität im Sinne von Unparteilichkeit und Unvoreingenommenheit mittels Einbeziehung fachlicher Expertise, etwa aus Universitäten und Forschungseinrichtungen.

Die inhaltliche und institutionelle Unabhängigkeit ist ein wesentlicher Grundpfeiler parlamentarischer TA. Das semantische Feld des Begriffs wissenschaftlicher Unabhängigkeit umfasst verwandte oder teils synonym verwendete Begriffe wie Neutralität, Unvoreingenommenheit, Werturteilsfreiheit, Sachlichkeit, Objektivität, Unparteilichkeit oder Ausgewogenheit. Im Falle des TAB ist sie auch vertraglich festgeschrieben. Ihre Realisierung ist unabdingbar, um in politischen und öffentlichen Diskussionen, insbesondere zu Risikokontroversen als vertrauenswürdig wahrgenommen zu werden. Denn angesichts der Konflikthaftigkeit vieler Risikothemen wie etwa Kernenergie, 5G-Mobilfunk oder gentechnisch veränderter Nahrungsmittel stellen wissenschaftliche Unabhängigkeit und Neutralität parlamentarischer TA eine Herausforderung an die Risikokommunikation dar.

Insbesondere erschweren sie eine substantielle Festlegung in Bewertungsfragen. Stattdessen operieren parlamentarische Einrichtungen häufig in einem Wenn/Dann-Modus: wenn bestimmten Bewertungskriterien herangezogen werden, und wenn spezifische Annahmen gemacht werden, und wenn ..., dann ist das Risiko wie folgt einzuschätzen und zu bewerten. Dieser Modus entspricht letztlich wissenschaftlichargumentativem Denken und entsprechender Arbeitsweise. Er erlaubt ebenfalls die partizipative Inklusion unterschiedlicher Perspektiven in diese Exploration von Risiken, Wahrnehmungen und Einschätzungen. Auf diese Weise wird so etwas wie eine Kartierung der Risikokonstellation vorgenommen, ohne eine substantielle Festlegung auf eine bestimmte Position – diese liegt im Mandat der politischen Parteien bzw. des Deutschen Bundestages.

Quelle: E-Mail Prof. Dr. Armin Grunwald, 06. Juni 2023



Dank

Die Deutsche Sektion der Internationalen Juristen-Kommission e.V. bedankt sich herzlich bei allen Referentinnen und Referenten für ihre Beiträge, beim Deutschen Bundestag für die Bereitstellung der Räumlichkeiten und beim Bundesministerium der Justiz für die finanzielle Unterstützung der Tagung.

Veranstaltungshinweis

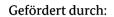
Wir möchten Sie bereits heute auf unsere kommende Veranstaltung hinweisen:

20. bis 21. Oktober 2023

67. Jahrestagung in der Schweiz

Gemeinsame Tagung mit der österreichischen Sektion (ÖJK) und der schweizerischen Sektion (ICJ-CH). Gastgeberin ist die ICJ-CH. Details hierzu finden Sie ab Anfang Juli 2023 auf unserer Homepage.

Weitere Informationen finden Sie auch auf unserer Homepage: www.juristenkommission.de





Bundesministerium der Justiz

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages